

Ganz klar: Niedersachsen beginnt vor Ort
Kommunalwahlaufruf der CDU in Niedersachsen

Entwurf, 13.3.2026

Inhalt

Vorwort: Niedersachsen beginnt vor Ort	2
1. Finanzielle Stabilität ist die Grundlage	3
2. Bürokratie abbauen, Bürgerservice verbessern und Wirtschaft stärken	4
3. Wohnen und Bauen ermöglichen	5
4. Bildung beginnt in der Kommune	6
5. Familien brauchen Verlässlichkeit.....	7
6. Soziales und Gesundheit vor Ort stärken	8
7. Sicherheit ist kommunale Realität	9
8. Mobilität und Infrastruktur sichern	10
9. Gemeinschaft stärken in Stadt und Land	11
10. Wahlaufruf: Für starke Kommunen – Ihre Stimme für die CDU	12

1 **Vorwort: Niedersachsen beginnt vor Ort**

2 Niedersachsen ist einzigartig – mit all seinen Facetten. Von der Nordseeküste bis zum Harz, von
3 lebendigen Großstädten bis zu ländlichen Regionen mit weiten Wegen und kleinen Ortschaften.
4 Niedersachsen ist Industrie- und Agrarland, Mittelstandsstandort, Tourismusregion und
5 Wissenschaftszentrum zugleich.

6 Gerade diese Vielfalt ist unsere Stärke. Aber sie bedeutet auch: Politik darf nicht alles über einen
7 Kamm scheren. Was in einer Großstadt funktioniert, passt nicht automatisch in eine
8 Flächengemeinde im Wendland oder im Emsland.

9 Der Staat wird vor allem vor Ort erlebt – im Rathaus, im Bürgerbüro, in der Schule oder bei der
10 Feuerwehr. Hier zeigt sich, ob Politik unterstützt oder ausbremst. Kommunen sind der Ort, an
11 dem Bürgerinnen und Bürger staatliches Handeln unmittelbar wahrnehmen.

12 Für die CDU ist klar: Die kommunale Ebene braucht Vertrauen und Zutrauen. Städte, Gemeinden
13 und Landkreise wissen am besten, welche Lösungen vor Ort funktionieren. Statt immer neuer
14 Detailvorgaben aus Hannover braucht es Partnerschaft, Planungssicherheit und
15 Gestaltungsspielräume.

16 Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren zahlreiche zusätzliche Standards,
17 Berichtspflichten und Förderprogramme geschaffen. Viele dieser Regelungen führen dazu, dass
18 kommunale Verwaltungen immer mehr Zeit mit Dokumentation und Verfahren verbringen, statt
19 Probleme vor Ort zu lösen.

20 Gleichzeitig entsteht eine wachsende Schieflage zwischen Landeshaushalt und kommunalen
21 Haushalten. Während viele Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Haushalte kaum noch
22 ausgleichen können und Investitionen verschieben müssen, baut das Land Rücklagen und
23 Sondervermögen weiter aus.

24 Wir wollen einen anderen Weg: mehr Vertrauen, weniger Bürokratie und eine echte
25 Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

26 **Ganz klar: Starke Kommunen sind machbar – und sie sind der Schlüssel für ein starkes**
27 **Niedersachsen.**

28

29 **1. Finanzielle Stabilität ist die Grundlage**

30 Viele Kommunen stehen unter erheblichem Druck. Sozialausgaben steigen, Personalkosten
31 wachsen und Baupreise sind seit 2020 deutlich gestiegen. Gleichzeitig kommen neue Aufgaben
32 hinzu – etwa beim Ganzttag, bei Integration oder im sozialen Bereich. Für viele Städte,
33 Gemeinden und Landkreise wird es dadurch immer schwieriger, ihre Haushalte auszugleichen
34 und notwendige Investitionen umzusetzen.

35 Hinzu kommt ein erheblicher Investitionsstau. Bundesweit liegt er inzwischen bei über 160
36 Milliarden Euro – auch Niedersachsen ist davon betroffen. Schulen, Straßen, Brücken und
37 Verwaltungsgebäude müssen modernisiert werden. Ohne eine verlässliche finanzielle
38 Grundlage droht kommunale Selbstverwaltung zunehmend auf das Verwalten von
39 Pflichtaufgaben reduziert zu werden.

40 Die CDU steht **ganz klar** für:

- 41 • **die Erhöhung der Steuerverbundquote um zwei Prozentpunkte und damit rund eine**
42 **Milliarde Euro mehr für die kommunale Ebene**, damit Städte, Gemeinden und
43 Landkreise wieder verlässlich planen und investieren können.
- 44 • **die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips:** Neue Aufgaben für Kommunen
45 nur mit voller Finanzierung. Die Kosten neuer Landesgesetze sollen künftig unabhängig
46 ermittelt werden. Danach gilt: Das Land übernimmt die Kosten – oder verzichtet auf das
47 Vorhaben.
- 48 • **die Neuauflage der kommunalen Zukunftsverträge zur Reduzierung kommunaler**
49 **Kassenkredite**, verbunden mit klaren Konsolidierungsvereinbarungen und nachhaltiger
50 Haushaltsführung.
- 51 • **den regelmäßigen strukturierten Austausch zwischen Land und Kommunen über die**
52 **Entwicklung der öffentlichen Finanzen**, damit notwendige Anpassungen frühzeitig und
53 partnerschaftlich vorgenommen werden können.
- 54 • **den Einsatz für eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen**
55 **Bund, Ländern und Kommunen**, damit Aufgaben, Verantwortung und Finanzierung
56 wieder klarer zugeordnet werden und die kommunale Ebene dauerhaft handlungsfähig
57 bleibt.

58 **Ganz klar: Solide Finanzierung für unsere Kommunen ist machbar – und Voraussetzung für**
59 **echte Selbstverwaltung.**

60 **2. Bürokratie abbauen, Bürgerservice verbessern und Wirtschaft stärken**

61 Eine leistungsfähige kommunale Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor für Wirtschaft und
62 Beschäftigung. Unternehmen investieren dort, wo Genehmigungen planbar sind, Verfahren zügig
63 ablaufen und Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Gerade für Mittelstand und
64 Handwerk sind funktionierende Verwaltungsstrukturen entscheidend.

65 In vielen Kommunen erschweren jedoch komplexe Vorschriften, Berichtspflichten und
66 Förderprogramme die Arbeit der Verwaltung. Das bindet Personal und verzögert
67 Entscheidungen. Investitionen dauern länger, Genehmigungen werden komplizierter und
68 wirtschaftliche Entwicklung wird gebremst.

69 Die CDU setzt deshalb auf einen Perspektivwechsel: weniger Bürokratie, mehr Vertrauen in die
70 kommunale Ebene und schnellere Verfahren.

71 Die CDU steht **ganz klar** für:

- 72 • die deutliche **Reduzierung der kommunalen Förderprogramme des Landes und die**
73 **Überführung der Mittel in den Kommunalen Finanzausgleich**, damit Kommunen
74 eigenverantwortlich über Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung entscheiden
75 können.
- 76 • das **Bürokratie-Aufbaumoratorium**, damit neue Landesgesetze keine zusätzlichen
77 Bürokratielasten für Kommunen und Unternehmen erzeugen.
- 78 • die **Herausnahme der Kommunen aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz**, damit
79 kommunale Investitionen schneller umgesetzt werden können und regionale
80 Unternehmen bessere Chancen bei öffentlichen Aufträgen erhalten.
- 81 • die **Abschaffung unnötiger Schriftformerfordernisse**, damit Verwaltungsverfahren
82 vollständig digital abgewickelt werden können.
- 83 • die konsequente Umsetzung des **“Einmal-reicht-Grundsatzes”**, damit Bürgerinnen,
84 Bürger und Unternehmen Daten gegenüber Behörden nur einmal angeben müssen.
- 85 • die Nutzung **bewährter Softwarelösungen** anderer Bundesländer und aus dem Markt,
86 statt kostenintensiver Eigenentwicklungen.
- 87 • den **Einsatz KI-gestützter Systeme** zur Unterstützung von Verwaltungsverfahren, um
88 Routinetätigkeiten zu automatisieren und Fachkräfte zu entlasten.
- 89 • landesweit **einheitliche Standards und kompatible IT-Systeme**, damit digitale
90 Verwaltungsleistungen über alle Verwaltungsebenen hinweg reibungslos funktionieren.“

91 **Ganz klar: Weniger Bürokratie und schnellere Verfahren sind machbar – und sie verbessern**
92 **den Bürgerservice, stärken Wirtschaft, Arbeitsplätze und Investitionen vor Ort.**

93

94 **3. Wohnen und Bauen ermöglichen**

95 Bezahlbares Wohnen ist eine der großen sozialen Fragen unserer Zeit. In vielen Regionen
96 Niedersachsens steigt die Nachfrage nach Wohnraum, während Baukosten und
97 Grundstückspreise zunehmen. Familien, junge Menschen und auch ältere Bürgerinnen und
98 Bürger suchen bezahlbare Wohnungen und Häuser.

99 Gleichzeitig berichten viele Kommunen, dass Bauvorhaben immer länger dauern. Komplexe
100 Vorschriften und aufwendige Genehmigungsverfahren bremsen Investitionen. Projekte scheitern
101 häufig nicht am fehlenden Interesse, sondern an langen Verfahren und komplizierten
102 Regelungen.

103 Die CDU steht **ganz klar** für:

- 104 • die **Erstattung der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum**, um
105 Familien beim Erwerb eines Eigenheims zu entlasten.
- 106 • die deutliche **Beschleunigung von Bauleit- und Genehmigungsverfahren**, etwa durch
107 digitale Bauanträge und verbindliche Bearbeitungsfristen.
- 108 • die **Aktivierung von Bauland durch klare Fristen, kooperative Lösungen und einen**
109 **fairen Flächenausgleich**, um bezahlbaren Wohnraum vor Ort zu schaffen.
- 110 • die gezielte **Stärkung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften**, um bezahlbaren
111 Wohnraum vor Ort zu sichern, sowie die Abschaffung der gescheiterten rot-grünen
112 Landeswohnungsgesellschaft, deren Aufgaben besser vor Ort wahrgenommen werden
113 können.
- 114 • eine Überprüfung **landesrechtlicher Regelungen** im Baubereich, um alles zu streichen,
115 was das Bauen unnötig verteuert und Baukosten zu senken.

116 **Ganz klar: Bezahlbares Wohnen und zügiges Bauen sind machbar – wenn Verfahren**
117 **schneller werden, unnötige Vorschriften abgebaut werden und Familien beim**
118 **Eigentumserwerb entlastet werden.**

119

120 **4. Bildung beginnt in der Kommune**

121 Bildungspolitik wird häufig auf Landesebene diskutiert. In der Praxis entscheidet sich jedoch vor
122 allem vor Ort, ob Bildung gut funktioniert. Kommunen sind Schulträger und investieren in
123 Gebäude, Sporthallen, Mensen und digitale Infrastruktur.

124 Viele Schulen sind sanierungsbedürftig, gleichzeitig steigen die Anforderungen durch Ganzttag,
125 Inklusion und Digitalisierung. Kommunale Schulträger brauchen deshalb klare Zuständigkeiten,
126 verlässliche Finanzierung und praktikable rechtliche Rahmenbedingungen.

127 Die Bilanz der rot-grünen Bildungspolitik zeigt jedoch, dass Anspruch und Wirklichkeit häufig
128 auseinanderfallen. Neue Vorgaben werden beschlossen, ohne dass Finanzierung und
129 Umsetzung ausreichend geklärt sind. Kommunen müssen gesetzliche Ansprüche umsetzen,
130 ohne dass Ressourcen oder rechtliche Klarheit rechtzeitig bereitstehen.

131 Statt immer neuer Ankündigungen braucht es eine verlässliche Partnerschaft zwischen Land
132 und Kommunen und eine frühzeitige Einbindung der kommunalen Schulträger.

133 Die CDU steht **ganz klar** für:

134 • **eine verlässliche Finanzierung des Ganztagsanspruchs durch Land und Bund.**

135 • klare landesweite **Erlasse und rechtliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung**
136 **des Ganztagsanspruchs**, damit Schulträger frühzeitig planen, investieren und
137 notwendige Strukturen verlässlich aufbauen können.

138 • **ein Digitalbudget für Schulen und Schulträger**, mit dem digitale Infrastruktur, Wartung
139 und IT-Support finanziert werden können statt der landesweiten Tablet-Anschaffung
140 durch Rot-Grün. Diese bringt dazu noch ungeklärte organisatorische und finanzielle
141 Lasten mit sich.

142 • **mehr Flexibilität bei der Organisation von Ganztagsangeboten**, damit Kommunen
143 lokale Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen und sozialen Trägern besser nutzen
144 können.

145 • **weniger bürokratische Vorgaben im Schulbau und bei Schulumbauten**, damit
146 Kommunen notwendige Erweiterungen für Ganzttag, Digitalisierung und moderne
147 Lernformen schneller umsetzen können.

148 **Ganz klar: Gute Bildung ist machbar – mit klaren Zuständigkeiten und verlässlicher**
149 **Finanzierung.**

150 **5. Familien brauchen Verlässlichkeit**

151 Kommunale Politik prägt den Alltag von Familien. Ob Kita-Platz, Schulweg oder Freizeitangebot –
152 viele Entscheidungen, die Familien betreffen, werden vor Ort getroffen. Städte und Gemeinden
153 sorgen dafür, dass Betreuung, Bildung und Freizeitangebote erreichbar und verlässlich
154 organisiert sind.

155 Gleichzeitig stehen viele Kommunen bei der Kinderbetreuung vor großen Herausforderungen.
156 Der Bedarf an Betreuungsplätzen steigt, während gleichzeitig Fachkräfte fehlen. Viele
157 Einrichtungen arbeiten bereits an der Grenze ihrer personellen Möglichkeiten.

158 Das Niedersächsische Kita-Gesetz hat in den vergangenen Jahren zusätzliche Standards
159 geschaffen, ohne den Kommunen ausreichend Spielraum für pragmatische Lösungen zu geben.
160 Starre Personalvorgaben erschweren es vielerorts, vorhandene Fachkräfte flexibel einzusetzen
161 und Betreuungsangebote verlässlich zu organisieren. Andere Bundesländer zeigen, dass hier
162 mehr Flexibilität möglich ist, ohne die Qualität der Betreuung zu gefährden.

163 Familien brauchen verlässliche Angebote, und Kommunen brauchen praktikable
164 Rahmenbedingungen, um diese Angebote vor Ort sicherzustellen.

165 Die CDU steht **ganz klar** für:

- 166 • die **Überarbeitung des Niedersächsischen Kita-Gesetzes**, um bürokratische Vorgaben
167 zu reduzieren und den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum bei der Organisation der
168 Kinderbetreuung zu geben.
- 169 • die **Flexibilisierung der Fachkraftquote** nach dem Vorbild anderer Bundesländer wie
170 Nordrhein-Westfalen, damit vorhandene Kita-Fachkräfte besser eingesetzt werden
171 können und Betreuung auch bei angespanntem Personalmarkt verlässlich organisiert
172 werden kann.
- 173 • den **konsequenten Ausbau der dualisierten Erzieherausbildung** und eine deutliche
174 Erhöhung der Ausbildungsplätze in Kitas, um mehr Nachwuchs frühzeitig und praxisnah
175 für diesen wichtigen Beruf zu gewinnen.
- 176 • die verlässliche und **planbare Finanzierung der Kinderbetreuung**, damit Städte und
177 Gemeinden dauerhaft ausreichend Betreuungsplätze bereitstellen können.
- 178 • die **Stärkung der Kindertagespflege** als wichtige Ergänzung zur Kita, insbesondere im
179 ländlichen Raum und bei flexiblen Betreuungszeiten.

180 **Ganz klar: Gute Rahmenbedingungen für Familien sind machbar – mit verlässlichen**
181 **Angeboten und mehr Vertrauen in die Kommunen.**

182 **6. Soziales und Gesundheit vor Ort stärken**

183 Eine gute Gesundheitsversorgung gehört zu den grundlegenden Voraussetzungen für
184 Lebensqualität. Gerade im ländlichen Raum wird jedoch zunehmend deutlich, dass
185 medizinische Versorgung nicht überall selbstverständlich ist.

186 Hausarztpraxen finden vielerorts keine Nachfolger, Wege zu medizinischen Einrichtungen
187 werden länger und Versorgungsstrukturen geraten unter Druck. Gleichzeitig steigt durch den
188 demografischen Wandel der Bedarf an medizinischer Betreuung, Pflege und Beratung.

189 Kommunen erleben diese Herausforderungen unmittelbar. Sie kennen die Situation vor Ort und
190 können dazu beitragen, neue Wege der Versorgung zu unterstützen und bestehende Strukturen
191 zu stärken. Voraussetzung dafür ist, dass Land und Bund den Kommunen den notwendigen
192 Handlungsspielraum geben.

193 Die CDU steht **ganz klar** für:

- 194 • den **Ausbau des Delegationsmodells in der medizinischen Versorgung nach dem**
195 **Vorbild der früheren Gemeindeschwester**, etwa durch kommunale
196 Gesundheitspflegerinnen und -pfleger, die Hausärzte unterstützen, aufsuchend arbeiten
197 und bedürftige Menschen begleiten.
- 198 • die **Stärkung kommunaler medizinischer Versorgungszentren sowie regionaler**
199 **Gesundheitszentren**, damit Kommunen aktiv dazu beitragen können, hausärztliche
200 Versorgung zu sichern und verschiedene medizinische Angebote besser zu vernetzen.
- 201 • die **flächendeckende Hebammenversorgung**, durch wirtschaftlich tragfähige
202 Rahmenbedingungen für Beleghebammen und eine praxisnahe Ausbildung zur
203 Sicherung des Nachwuchses.
- 204 • eine verlässliche **Krankenhausplanung des Landes mit dem Ziel einer**
205 **flächendeckenden Notfallversorgung**, damit medizinische Hilfe auch außerhalb der
206 großen Städte schnell erreichbar bleibt.
- 207 • einen **landesseitigen Liquiditätsfonds für Krankenhäuser in Niedersachsen**,
208 über den das Land eigenkapitalgleiche Liquiditätskredite bereitstellt und
209 Krankenhäuser unmittelbar von Kreditlasten entlastet, damit notwendige
210 Investitionen und der laufende Betrieb bis zum Greifen der Krankenhausreform
211 gesichert werden können.

212 **Ganz klar: Eine wohnortnahe und verlässliche Gesundheitsversorgung ist machbar, wenn**
213 **wir Kommunen stärker einbinden und neue Versorgungsmodelle ermöglichen.**

214 **7. Sicherheit ist kommunale Realität**

215 Sicherheit wird im Alltag erlebt – auf dem Heimweg, am Bahnhof oder im Wohnviertel. Wenn
216 Menschen sich unsicher fühlen, wirkt sich das unmittelbar auf ihre Lebensqualität aus.

217 Kommunale Ordnungsbehörden, Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste sorgen täglich
218 dafür, dass Sicherheit vor Ort gewährleistet ist. Gerade Städte und Gemeinden erleben
219 unmittelbar, wo Probleme entstehen – etwa an Bahnhöfen, in Innenstädten oder bei größeren
220 Veranstaltungen. Deshalb braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen
221 Behörden und der Polizei sowie klare Zuständigkeiten.

222 Gleichzeitig verändern sich Sicherheitsanforderungen. Neue technische Möglichkeiten, bessere
223 Vernetzung und moderne Ausstattung können dazu beitragen, Gefahren schneller zu erkennen
224 und Einsatzkräfte gezielter zu unterstützen.

225 Die CDU steht **ganz klar** für:

226 • den gezielten Ausbau von **Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten** und
227 besonders sensiblen Orten, etwa an Bahnhöfen oder in Innenstädten, einschließlich
228 moderner Analyseverfahren und des Einsatzes künstlicher Intelligenz zur schnelleren
229 Auswertung von Bildmaterial.

230 • die engere und verbindlich geregelte **Zusammenarbeit zwischen Polizei und**
231 **kommunalen Ordnungsbehörden**, etwa durch gemeinsame Lagebilder, regelmäßigen
232 Informationsaustausch und abgestimmte Einsatzkonzepte bei Veranstaltungen oder in
233 Sicherheitslagen.

234 • die **engere und verbindlich geregelte Zusammenarbeit zwischen Polizei,**
235 **kommunalen Ordnungsbehörden und Rettungsdiensten**, mit gemeinsamen
236 Lagebildern, abgestimmten Einsatzkonzepten und klaren Informationswegen bei
237 Gefahrenlagen.

238 • ein **landesweit abgestimmtes Konzept für den Katastrophenschutz**, das
239 Zuständigkeiten klar regelt, Strukturen besser verzahnt und Kommunen bei Planung,
240 Ausbildung und Ausstattung stärker unterstützt.

241 • gezielte **Stärkung der kommunalen Feuerwehren und des Katastrophenschutzes**,
242 insbesondere durch einen höheren Anteil der Feuerschutzsteuer für Investitionen in
243 Fahrzeuge, Ausrüstung und Ausbildung.

244
245 • **den Ausbau der Lehrkapazitäten an der Niedersächsischen Akademie für Brand-**
246 **und Katastrophenschutz (NABK)**, damit ausreichend Ausbildungsplätze für Feuerwehr
247 und Katastrophenschutz zur Verfügung stehen und Lehrgänge schneller angeboten
248 werden können.

249 **Ganz klar: Mehr Sicherheit ist machbar – durch gute Zusammenarbeit, moderne Technik**
250 **und eine starke Unterstützung unserer Einsatzkräfte.**

251 **8. Mobilität und Infrastruktur sichern**

252 Mobilität ist Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse. Sie entscheidet darüber, ob
253 Menschen zur Arbeit kommen, Kinder ihre Schule erreichen oder ältere Menschen am
254 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

255 Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen spielen kommunale Straßen,
256 Busverbindungen und neue Mobilitätsangebote eine zentrale Rolle. Gleichzeitig stehen viele
257 Städte, Gemeinden und Landkreise vor erheblichen Herausforderungen: Infrastruktur muss
258 saniert, Verkehrsangebote ausgebaut und neue Mobilitätsformen entwickelt werden.

259 Damit Mobilität auch in Zukunft zuverlässig funktioniert, braucht es verlässliche Finanzierung
260 und praktikable Rahmenbedingungen für die kommunale Ebene.

261 Die CDU steht **ganz klar** für:

- 262 • die **verlässliche und auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs**,
263 damit Städte und Landkreise ihr Angebot stabil halten und weiterentwickeln können.
- 264 • die **Sicherstellung, dass die Finanzierung des Deutschlandtickets nicht zulasten des**
265 **ÖPNV-Ausbaus in der Fläche geht**, damit insbesondere ländliche Regionen weiterhin
266 ausreichend in Bus- und Bahnangebote investieren können.
- 267 • **flexible Mobilitätsangebote im ländlichen Raum**, etwa On-Demand-Verkehre oder
268 ergänzende Rufbus-Systeme, um bestehende Linienangebote sinnvoll zu ergänzen.
- 269 • die **stärkere und verlässliche Beteiligung des Landes an der Finanzierung**
270 **kommunaler Straßen**, damit Städte und Gemeinden notwendige Sanierungen und
271 Ausbaumaßnahmen langfristig planen und umsetzen können.

272 **Ganz klar: Verlässliche Mobilität für alle ist machbar – in der Stadt ebenso wie auf dem**
273 **Land.**

274 **9. Gemeinschaft stärken in Stadt und Land**

275 Das gesellschaftliche Leben in Niedersachsen wird in hohem Maße von ehrenamtlichem
276 Engagement getragen. Vereine, Initiativen, freiwillige Feuerwehren und kulturelle Einrichtungen
277 prägen das Leben in unseren Städten und Gemeinden.

278 Gerade in kleineren Gemeinden und ländlichen Regionen sind Vereine und Ehrenamt zentrale
279 Orte des Zusammenhalts. Hier entstehen Begegnungen, Engagement und Verantwortung für das
280 Gemeinwesen. Damit dieses Engagement bestehen kann, brauchen Vereine verlässliche
281 Rahmenbedingungen und weniger bürokratische Hürden.

282 Die CDU steht **ganz klar** für:

- 283 • **weniger Bürokratie für Ehrenamtliche**, etwa durch vereinfachte Förderverfahren,
284 weniger Nachweispflichten und praxisnahe Regelungen für Vereine und Initiativen.
- 285 • ein **verlässliches Sportstätteninvestitionsprogramm des Landes**, mit dem Städte und
286 Gemeinden gemeinsam mit Vereinen Sporthallen, Sportplätze und Vereinsanlagen
287 sanieren und modernisieren können.
- 288 • ein **erleichtertes Umnutzungsbaurecht für leerstehende Gebäude in Innenstädten**
289 **und Ortskernen**, damit ehemalige Ladenflächen schneller für Wohnen, Gastronomie,
290 Kultur oder Dienstleistungen genutzt werden können.
- 291 • die **gezielte Stärkung der Jugendarbeit in Vereinen und Initiativen**, etwa durch
292 Unterstützung ehrenamtlicher Jugendleiter, bessere Fördermöglichkeiten und die
293 stärkere Einbindung von Vereinen in Ganztagsangebote an Schulen.

294 **Ganz klar: Starker Zusammenhalt vor Ort ist machbar – wenn wir Ehrenamt stärken und**
295 **Vereine besser unterstützen.**

296 **10. Wahlaufufruf: Für starke Kommunen – Ihre Stimme für die CDU**

297 Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden sind das Fundament unseres Staates. Wenn sie
298 handlungsfähig sind, wächst Vertrauen. Wenn sie überfordert sind, entsteht Unsicherheit.

299 Niedersachsen braucht starke Kommunen – finanziell, organisatorisch und politisch.

300 Für uns ist klar: Gute Politik für Niedersachsen beginnt vor Ort. Kommunen brauchen keine
301 Politik des Misstrauens, sondern Vertrauen und Zutrauen in ihre Kompetenz. Städte und
302 Gemeinden wissen selbst am besten, welche Lösungen vor Ort funktionieren. Wer
303 Verantwortung trägt, braucht auch die Freiheit, Entscheidungen treffen zu können.

304 Das Land darf Städte und Gemeinden nicht mit immer neuen Aufgaben und Vorgaben belasten,
305 ohne für eine verlässliche Finanzierung zu sorgen. Kommunale Selbstverwaltung darf nicht
306 ausgehöhlt werden. Sie muss gestärkt und mit Leben gefüllt werden. Im Bund setzen wir uns
307 deshalb dafür ein, die kommunale Ebene spürbar zu entlasten – insbesondere bei
308 Sozialausgaben sowie bei Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

309 Die CDU in Niedersachsen tritt mit rund 4.000 Kandidatinnen und Kandidaten an, die vor Ort
310 Verantwortung übernehmen. Sie engagieren sich in Vereinen, Feuerwehren, Elternvertretungen
311 und sozialen Initiativen oder tragen bereits als Bürgermeisterinnen, Landräte und Ratsmitglieder
312 Verantwortung. Sie kennen die Herausforderungen ihrer Städte und Gemeinden aus eigener
313 Erfahrung und stehen für solide Finanzen, praktikable Lösungen und eine Verwaltung, die den
314 Bürgerinnen und Bürgern dient.

315 Mit Ihrer Stimme stärken Sie Menschen, die ihre Kommune gestalten wollen – mit Augenmaß,
316 Verantwortung und klarem Fokus auf das Machbare. Zugleich setzen Sie ein Zeichen gegen die
317 Politik von Rot-Grün im Land, die die kommunale Ebene zunehmend belastet. Wir bauen auf
318 Vertrauen statt Misstrauen, auf Zutrauen statt Bevormundung – und auf starke Kommunen als
319 Fundament unseres Landes. Darum...

320 **Ganz klar: Ein lebenswertes Niedersachsen ist machbar – mit starken Kommunen und**
321 **zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern.**

322 **Ganz klar: Am 13. September CDU.**